

Erfolgreiche Steuerpolitik muss auf Fakten beruhen



Von Nationalrat Gerold Bührer
Präsident Economiesuisse

Auch die Finanz- und Steuerpolitik wird zunehmend von Schlagworten beherrscht. Von links wird behauptet, der Staat werde zu Tode gespant und der Steuerwettbewerb führe zu einem «Race to the bottom». Die Zahlen belegen zwar unmissverständlich das Gegenteil. Doch was nicht ins ideologische Klischee passt, wird einfach ausgeblendet. Aus der Studie von *Economiesuisse* über «Wer finanziert den Staat in der Schweiz?» lassen sich entgegen solchen Verzerrungen folgende Schlussfolgerungen ziehen:

- Unser Steuersystem ist ausgeprägt solidarisch. Unser Staat wird nämlich zu gegen 60% von Unternehmen und gut verdienenden bzw. vermögenden Privatpersonen finanziert.
- Von einer Entsolidarisierung, wie immer wieder leichtfertig behauptet wird, kann aufgrund der vorliegenden konsolidierten Zahlen nicht die Rede sein.
- Es zeigt sich, dass ein konkurrenzfähiges, attraktives Steuersystem allen, der Wirtschaft und der Bevölkerung, zugeute kommt.

Die Studie bestätigt auch unmissverständlich, dass es keine Alternative zu einer an der internationalen Wettbewerbs-

fähigkeit orientierten Steuerpolitik gibt. Da wenige grosse Steuerzahler, vor allem bei den Unternehmen, für das Gros der Steuereinnahmen aufkommen, müsste sonst über kurz oder lang mit massiven Ausfällen gerechnet werden. Der Schaden für unser Land und insbesondere die Arbeitsplätze wäre enorm. Deshalb sind solche Erkenntnisse – gerade mit Blick auf die hohe Mobilität und den harten Standortwettbewerb – in der Steuerpolitik ernst zu nehmen.

Seit jeher wird in Politik und Gesellschaft die Frage über das richtige Mass der Umverteilung kontrovers diskutiert. Die Studie von *Economiesuisse* hat sich daher der Frage angenommen und die Finanzflüsse zwischen Staat und den privaten Haushalten bzw. Steuerzahlern auf konsolidierter Basis vertieft analysiert. Das Zahlenwerk soll mehr Klarheit bringen über das Mass der Solidarität zwischen den unterschiedlichen Einkommens- und Vermögensschichten, Wirtschaftssektoren, Regionen und Generationen. Denn nur allzuoft führt Intransparenz in politischen Debatten zu reinen Glaubenskriegen.

Von «Steuergeschenken» und «Totsparen» ist immer wieder die Rede. Solche Behauptungen blenden die Fakten aus und würden letztlich zu einer Steuerpolitik führen, die weder im Interesse der Bevölkerung noch der Wirtschaft ist.

Die öffentlichen Finanzen von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen wurden in den letzten 15 Jahren von einer stark überbordenden Ausgabenentwicklung geprägt. Zwischen 1990 und 2005 sind die gesamten staatsquotenrelevanten Ausgaben von rund 100 Mrd. auf mehr als 170 Mrd. Franken angestiegen. Bei gleichzeitig schwächerem Wirtschaftswachstum erfolgte ein markanter Anstieg der Staatsquote. Die überbordende Ausgabenentwicklung hat zu einer langen Defizitperiode und einem rasanten Anstieg der öffentlichen Verschuldung geführt. Die Ursache dieser Verschuldung ist nicht einem mangelnden Zuwachs bei den Einnahmen, sondern der unkontrollierten Ausgaben-

dynamik zuzuschreiben. Die fiskalquotenrelevanten Einnahmen haben von 1990 bis 2005 um über 60% auf 137 Mrd. Franken zugenommen. Dagegen ist das Bruttoinlandprodukt lediglich um knapp 40% gewachsen. Die These eines «ruinösen Steuerwettbewerbs» gehört somit ins Reich realitätsfremder Ideologen.

Das Vertuschen solcher Fakten dient letztlich niemandem. Bei den Bürgerinnen und Bürgern wächst vielmehr die Skepsis gegenüber der Höhe der Steuerbelastung und der Austauschrelation zwischen geleisteten Steuern und bezogenen Staatsleistungen. Rund die Hälfte der Bevölkerung glaubt gemäss einer GfS-Studie jetzt schon, dass sie vom Staat weniger erhält, als sie über Steuern und Abgaben abliefern. Die langfristige Entwicklung der Meinungsbildung zeigt sogar eine Verfestigung dieser Skepsis.

Das umfassende Zahlenwerk der Studie «Wer finanziert den Staat in der Schweiz?» sollte zur Entmythologisierung der Steuerpolitik beitragen. Ein Steuersystem, das für finanzkräftige und international mobile Segmente attraktiv ist, steht nicht im Widerspruch zum Solidaritätsgedanken. Die im Steuersystem verankerte Solidarität soll auch nicht zur Disposition gestellt werden. Steuerreformen, die der Schweiz bzw. den Kantonen erlauben, im internationalen Steuerwettbewerb an der Spitze zu bleiben – auch für höhere Einkommen und gewinnstarke Unternehmen – nützen nun einmal der gesamten Gesellschaft. Einerseits sichern sie den Grossteil der Mittel zur Finanzierung des Sozialstaats. Andererseits fallen die umfangreichen Finanzierungslasten viel weniger stark dem Mittelstand und den unteren Einkommen zu. Eine international konkurrenzfähige Steuerpolitik hat daher nebst den wirtschaftlichen Vorteilen auch eine ins Gewicht fallende soziale Dimension.

Eine Versachlichung der schweizerischen Steuerpolitik ist mit Blick auf den harten Standortwettbewerb dringend geboten. Nur so wird unser Land auch zukünftig im Wettbewerb der Standorte auf der Gewinnerseite stehen. ●